Antrag der Fraktion der CDU**Mittagessen für bedürftige Kinder**

Bremen und Bremerhaven nehmen im bundesweiten Vergleich der Kinderarmutsquoten einen bedauerlichen Spitzenplatz ein. Dies ist nicht hinnehmbar. Zum Großteil handelt es sich um Kinder, deren Eltern Empfänger von Sozialleistungen sind. Ein sichtbares Zeichen für diese ernstzunehmende Entwicklung ist die hohe Anzahl von Kindern, die ohne Frühstück zum Schulunterricht erscheinen. In den Regelsätzen der Sozialhilfen sind die Kosten für Mittagessen und andere Verpflegung zwar mit einbezogen, dennoch zeigt die Realität in Bremen, dass die Leistungen im Einzelfall für die tatsächlichen Kosten des Mittagessens nicht ausreichen oder von den Empfängern anderweitig ausgegeben werden.

Die Erfahrungen im Schulalltag zeigen zudem, dass der Anteil der Kinder, die täglich mit unzureichender Verpflegung auskommen müssen, insgesamt steigt und sich nicht nur auf die Kinder von ALG-II-Empfänger beschränkt. Um auch dieser Form der Vernachlässigung aller Kinder vorzubeugen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sozial- und Bildungsressort mit den pädagogischen Fachkräften unserer Bildungseinrichtungen einzuhalten. Bei Hinweisen auf eine mögliche Vernachlässigung sind die Erziehungsberechtigten, die in erster Linie die Verantwortung für das Wohl ihrer Kinder tragen, in die Problematik einzubinden, um die Ursachen der Vernachlässigung festzustellen und zu einer Lösung des Problems zu kommen. Dort, wo die Einzelhilfe innerhalb der Familie nicht ausreicht, ist staatliches Handeln geboten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die Kooperation zwischen Sozial- und Bildungsressort, d. h. auch zwischen Jugendhilfe und Schule, weiter auszubauen, um Netzwerke zu schaffen, die eine bessere Identifizierung und Unterstützung von bedürftigen Kindern ermöglichen.
2. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) ein Konzept zur flächendeckenden Versorgung bedürftiger Schulkinder mit kostenlosen Mittagessen vorzulegen.
3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) unter Federführung des Sozialressorts einen Finanzierungsvorschlag zur Übernahme der Kosten für das unter 2. erbetene Konzept vorzulegen.

Michael Bartels, Sandra Ahrens, Claas Rohmeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU